



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	134
Steuerberaterhaftung	135
– Prüfungspflichten bei der Erstellung der Einnahme-Überschuß-Rechnung	
– Abweichungen zwischen Bankkonto und Abrechnungsbelegen	
– Prüfungspflicht des Mandanten, Mitverschulden (OLG Düsseldorf Ur.t.v. 5.4.1990 – 18 U 244/89, rkr.)	
Haftung des Steuerberaters	138
– fehlerhafte Buchführung	
– Buchführungsunterlagen	
– Beweislast	
– Nachfragepflicht des StB's (OLG Düsseldorf Ur.t.v. 10.5.1990 – 18 U 205/89, rkr.)	
Haftung des Rechtsanwaltes	141
– Verjährung des Regreßanspruches, § 51 BRAO (OLG Köln Ur.t.v. 2.11.1989 – 7 U 95/89)	
Fehlerhafte Gewinnermittlung	143
– Doppelerfassung	
– Nachbesserungskosten (LG Köln Ur.t.v. 30.1.1990 – 25 U 164/88)	
Haftung des Steuerberaters	146
– Kapitalanlageberatung	
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen	
– Mehrfachberufler (LG Mannheim Ur.t.v. 25.10.1989 – 9 O 117/89, rkr.)	
GI Hinweis	152

GI Leitsätze

Anforderungen an die Fristenkontrolle/Postausgangsbuch

1. Eine wirksame Fristenkontrolle ist nicht möglich, wenn statt des endgültigen Ablaufs der Rechtsmittelfristen lediglich Wiedervorlagefristen notiert werden.
2. Die Eintragungen im Postausgangsbuch müssen so umfangreich sein, daß nachvollzogen werden kann, welches bestimmte Rechtsmittel die Kanzlei des Prozeßbevollmächtigten verlassen hat. Der Vermerk allein der Art des Rechtsmittels, ohne zusätzliche Angabe des Rechtsmittelführers, genügt nicht.
(BFH Beschl.v. 24.7.1989 – III R 83/88, BFH NV 1990, 248)

Steuerberatungsvertrag/Kündigung aus wichtigem Grund

1. Bei einer Steuerberatungstätigkeit handelt es sich um ein Dienstverhältnis über die Leistung von Diensten höherer Art, so daß § 627 BGB grundsätzlich anzuwenden ist.
2. Soll die Bestimmung des § 627 Abs. 1 BGB in einem Steuerberatungsvertrag ausgeschlossen werden, so muß dies im Vertrag eindeutig zum Ausdruck kommen.
3. Bei einer Kündigung des Auftraggebers aus wichtigem Grund gem. § 626 Abs. 1 BGB ist dieser darlegungs- und beweispflichtig.
4. War die Kündigung des Auftraggebers aus wichtigem Grund unwirksam, so kommt dieser in Annahmeverzug, wenn eine weitere Tätigkeit des Steuerberaters durch ihn abgelehnt wird.
In diesem Fall hat der Steuerberater Anspruch auf die vereinbarte Vergütung nach § 615 Satz 1 BGB, wobei er sich dasjenige anrechnen lassen muß, was er infolge des Unterbleibens der Dienstleistung erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt. Auch dafür ist der Auftraggeber insoweit ebenfalls darlegungs- und beweispflichtig.
(OLG Saarbrücken Urt.v. 6.6.1989 – 7 U 95/88 = StB 1990, 162)

Steuerberater/Berufsbezeichnung/„Abteilung Hausverwaltung“

Die Führung des Zusatzes „Abteilung Hausverwaltung“ im Briefkopf eines Steuerberaters verstößt gegen das Verbot, andere als amtlich verliehene Berufsbezeichnungen im beruflichen Verkehr zu verwenden (§ 43 Abs. 2 Satz 2 StBerG).
(LG Münster Beschl.v. 11.9.1989 – 3 a StL 10/89 = StB 1990, 163)

Steuerberaterhaftung

- Prüfungspflichten bei der Erstellung der Einnahme-Überschuß-Rechnung
- Abweichungen zwischen Bankkonto und Abrechnungsbelegen
- Prüfungspflicht des Mandanten, Mitverschulden
(OLG Düsseldorf Urt.v. 5.4.1990 – 18 U 244/89, rkr.)

Leitsätze:

1. Ein Steuerberater verletzt die ihm aufgrund des Steuerberatungsverhältnisses obliegenden Pflichten, wenn er bei der Erstellung einer Einnahmen-Überschußrechnung dem Mandanten in Provisionsabrechnungen gutgebrachte Beträge als zugeflossen behandelt, ohne den tatsächlichen Zufluß zuverlässig an Hand von Kontoauszügen oder durch Rückfragen festzustellen.
2. Den Mandanten trifft ein mitwirkendes Verschulden, wenn er eine solche Einnahmen-Überschußrechnung nicht selbständig prüft.

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die ungewisse Möglichkeit, daß das Finanzamt bei einer Außenprüfung zu anderen Zahlen kommt, kann einen ersatzfähigen Schaden wegen der bis dahin bestehenden vermeidbaren Steuerbelastung nicht verhindern.
2. Einem Kaufmann, der Gesamteinkünfte in Höhe von 110.000,- DM erklärt hat, muß bei Anwendung der üblichen Sorgfalt auffallen, wenn diese um 17.000,- DM überhöht ermittelt wurden.

Aus den Gründen:

Der Beklagte ist dem Kläger zum Schadenersatz verpflichtet, weil er seine Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag schuldhaft verletzt hat. Er hat es übernommen, für den Kläger die Gewinnermittlung gemäß § 4 Abs. 3 EStG für 1986 zu fertigen und mußte dabei die berufsübliche und zumutbare Sorgfalt anwenden. Hätte er diese angewendet, hätte ihm nicht entgehen können, daß von den drei Abrechnungen M. die zweite vom 27.3.86 nur eine Gutschrift von 34.271,25 DM verlautbarte, während die Differenz von 31.920 DM zur Gesamtprovision von 66.191,25 DM als „Akontozahlungen“ angegeben waren, über deren Eingang beim Kläger gar nichts ausgesagt war. Der Beklagte durfte nicht ohne Nachfrage

bei dem Kläger den Betrag von 66.191,25 DM als in 1986 vereinnahmt in die Steuererklärung einsetzen. Unstreitig und von dem Beklagten schon erstinstanzlich zugestanden, besteht eine Differenz zu den tatsächlichen Einnahmen in Höhe von 17.100 DM. Der Beklagte räumt ein (vorprozessuales Schreiben vom 21.9.88), daß **die ihm übergebenen Abrechnungen nicht in allen Teilen mit den tatsächlichen Kontengutschriften übereinstimmen**; deshalb habe er unterstellt, daß die 17.100 DM bar bzw. auf andere Konten geflossen seien. Die einfachste und nächstliegende Möglichkeit, die bestehende Unklarheit durch Rückfrage bei dem Kläger zu beseitigen, hat er nicht genutzt. Für seine Annahme, daß die Akontozahlungen in 1986 geflossen seien, bestand nach dem Abrechnungsschreiben vom 27.3.86 ohnehin kein entschuldigender Grund. Entgegen der in der Berufungsbegründung geäußerten Meinung, er habe aufgrund der Abrechnung vom 31.12.85 davon ausgehen dürfen, daß die Akontozahlungen nach diesem Datum geleistet worden seien, ist festzustellen, daß die dortige Abrechnung und die vom 27.3.86 ganz verschiedene Kommissionen betreffen, wie aus den Abrechnungsnummern unschwer zu ersehen war. Die von ihm behauptete Unstimmigkeit zwischen Bankkonten und abgerechneten Beträgen, die sich schon 1985 gezeigt habe, hätte erst recht Anlaß geben müssen, den Kläger zu befragen.

Das Verschulden des Beklagten hat den Gewinnfeststellungsbescheid des Betriebsfinanzamts K. vom 22.7.88 verursacht, der erklärungsgemäß (unter Hinzurechnung der Umsatzsteuer auf den erklärten Eigenverbrauch) den Gewinn mit 84.599 DM feststellt. Dieser Bescheid, der bestandskräftig geworden ist, hat zu einer steuerlichen Mehrbelastung bei Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Kirchensteuer geführt.

Der bei der Umsatzsteuer entstandene Schaden beträgt unstreitig 2.100 DM. Für die Bemessung der Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Kirchensteuer sind die vom Betriebsfinanzamt festgesetzten „Einkünfte aus Gewerbebetrieb“ (Überschuß der „Einnahmen“ über die „Betriebsausgaben“) unmittelbare Ausgangsgrundlage. Es ist zu fragen, wie sich diese Steuern verändert hätten, wenn statt der festgesetzten 84.599 DM Einkünfte ein geringerer Betrag festgesetzt worden wäre, weil die Einnahme um 17.100 DM geringer war. Weil es sich um ein umsatzsteuerpflichtiges Entgelt handelt, verminderte sich auch der Betrag der zu zahlenden Umsatzsteuer, die der Kläger als Betriebsausgabe abgesetzt hat, und zwar um 2.100 DM. Die „Einkünfte“ hätten sich also nicht, wie U. zugrundelegt, um 17.100 DM, sondern um 15.000 DM vermindert, also auf 69.599 DM. Hinsichtlich der Berechnung der dann zu zahlenden Gewerbesteuer stimmten die Parteien überein (U., Berufungsbegründung), so daß sich ein

Minderbetrag von 3.150 DM ergibt. Die Einkommensteuer ist nach Maßgabe des zuletzt ergangenen Bescheides vom 25.10.88 zu berechnen, in dem das zu versteuernde Einkommen mit 59.595 DM festgesetzt worden ist. Bei einem zu versteuernden Einkommen von 44.595 DM wären dann nicht 12.578 DM, wie festgesetzt, zu zahlen gewesen, sondern nur 8.000 DM (Splittingtabelle 1986, Einkommensgruppe 44.496 DM bis 44.603 DM); die Kirchensteuer (9 % nach Abzug eines Kinderfreibetrages von 600 DM) errechnet sich dann mit 666 DM statt festgesetzter 1.078 DM. Der Schaden an Einkommensteuer beträgt also 4.578 DM, an Kirchensteuer 412 DM, der gesamte Schaden des Klägers 10.240 DM.

Diese steuerliche Mehrbelastung ist erstattungspflichtiger „Schaden“. Auf die vage Möglichkeit, daß das Finanzamt demnächst bei einer Außenprüfung zu anderen Zahlen kommen könnte, kann der Beklagte den Kläger nicht verweisen. Einen Rechtsanspruch darauf hat der Kläger nicht, wie das Landgericht überzeugend ausgeführt hat. Dem steht schon entgegen, daß der Tatbestand des „grobe Verschuldens“ gegeben ist (§ 173 Abs. 1 Nr. 2 AO).

Der Kläger muß sich ein eigenes Verschulden bei der Entstehung seines Schadens zurechnen lassen (§ 254 BGB). Die Feststellung der Höhe seiner Einnahmen war keine Angelegenheit, die steuerliche Sachkenntnis erforderte. Es handelte sich um drei Abrechnungen desselben Auftraggebers. Von dem Kläger konnte erwartet werden, daß er die Unklarheit, wann die Akontozahlungen gemäß Abrechnungsschreiben vom 27.3.86 seinem Vermögen zugeflossen waren, schon bei Auftragsvergabe an den Beklagten beseitigte, indem er die Zahlungszeitpunkte aufschlüsselte. Die Anfertigung der Steuererklärung durch den Beklagten entthob ihn nicht der **Verpflichtung, die dort erklärten Einnahmen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen, bevor er die Steuererklärung unterzeichnete und beim Finanzamt einreichte.** Der Fehlbetrag von 17.100 DM ist zur Summe der Gesamteinkünfte von 110.395 DM keineswegs geringfügig und hätte bei Anwendung der von einem Kaufmann zu fordernden Sorgfalt auffallen müssen. Schließlich bestand Anlaß zur Nachprüfung dieses Punktes, nachdem der Kläger den Festsetzungsbescheid vom 22.7.88 erhalten hatte. Der Kläger machte keinerlei Angaben darüber, warum er den Fehler dem Beklagten erst am 20.9.88 mitgeteilt hat, und daß er dies nicht schon alsbald nach Zustellung des Bescheids hätte tun können.

Das Verschulden des Klägers ist nicht gering einzuschätzen. Der Kläger hat Nachprüfungen unterlassen, die für jeden Kaufmann selbstverständlich sein sollten. Der Senat bewertet deshalb die von beiden Parteien gesetzten Tatbeiträge ungefähr gleich, so daß der Kläger nur die Hälfte des entstandenen Schadens ersetzt verlangen kann.

Haftung des Steuerberaters

- fehlerhafte Buchführung
- Buchführungsunterlagen
- Beweislast
- Nachfragepflicht des StB's

(OLG Düsseldorf Ur. v. 10. 5. 1990 – 18 U 205/89, rkr.)

Leitsatz:

Macht der Mandant Fehler des Steuerberaters bei der Buchführung und Aufstellung des Jahresabschlusses geltend, so muß der Mandant beweisen, daß er dem Steuerberater Unterlagen und Informationen zur Verfügung gestellt hat, aufgrund deren der Steuerberater richtig buchen oder Rückfragen stellen mußte.

Leitsatz (d. Verf.):

Der Mandant trägt dafür Sorge, daß der mit der Buchführung beauftragte Steuerberater über die einzelnen Buchungsvorgänge hinreichend unterrichtet wird.

Den Steuerberater trifft eine Hinweispflicht nur, soweit sich ihm erkennbar Fehlerquellen auftun.

Aus den Gründen:

Eine Verletzung der vertraglichen Sorgfaltspflichten kann auch nicht deshalb festgestellt werden, weil der Beklagte die im Jahre 1984 erfolgte Veräußerung des Pkw in den für 1984 erklärten Betriebseinnahmen erfaßte, es aber unterließ, den seinerzeit bestehenden Restbuchwert von 15.944 DM gewinnmindernd für das Jahr 1984 steuerlich zu berücksichtigen.

1. **Es steht nicht fest, daß der Beklagte bei Erstellung der Monatsliste Februar 1984 oder der Vorbereitung der Einkommensteuererklärung 1984 wußte oder wissen mußte, daß der festgehaltene Umsatz vom 20. 2. 84 über den Betrag von 17.000 DM den Verkauf des Pkw, also Anlagevermögen betraf.** Das Landgericht hat die hierzu erforderlichen Beweise erhoben und umfassend gewürdigt. Der Senat schließt sich dem insoweit an und sieht aufgrund des Vorbringens in der Berufungsbegründung keinerlei Veranlassung, die Zeugen erneut zu vernehmen.

- a) Das in Kopie vorgelegte Schreiben des Beklagten vom 30.5.85, in dem der Beklagte dem Kläger und seiner Ehefrau mitteilte: „Die uns zur Verfügung gestellten Ordner reichen wir zurück“ ändert nichts an dem Ergebnis der Beweiswürdigung des Landgerichts. Der Beklagte macht hierzu geltend, in den Ordnern (das Jahr 1984 betreffend) hätten sich die Unterlagen befunden, die den privaten Vermietungs- und Verpachtungsbereich und die Sonderausgaben betrafen. Wenn dies zutrifft, hat der Beklagte die entsprechenden Rechnungen bzw. Rechnungsbelege bei Erstellung der Monatslisten sowie des Abschlusses 1984 nicht zur Verfügung gehabt. Letztlich kann aber dahinstehen, ob die Aussage der Zeugin H. insoweit zutrifft und dem Beklagten nur die vom Kläger erstellten Rechnungslisten vorlagen. Selbst wenn es entgegen der Aussage der Zeugin H. zutreffen sollte, daß schon seit Mitte 1982 von allen Buchungsvorgängen die Rechnungen vorlagen, **so ließe sich letztlich nicht sicher feststellen, daß die entscheidende Rechnung vom 20.2.84 über den Verkauf des Pkw sich bei den Aktenordnern befand.** Die Zeugin M. hat lediglich ausgeführt, Rechnungen aus Verkauf des Anlagevermögens seien immer, auch früher schon, in das Rechnungsausgangsbuch eingetragen worden. Laut Aussage der Zeugin H. bildete das Rechnungsausgangsbuch die Grundlage der Rechnungslisten, die dem Beklagten zur Erstellung der Monatslisten zur Verfügung standen. Der Aussage der Zeugin M. sowie der Zeugin L. ist aber weiter nicht zu entnehmen, wo der Kläger entsprechende Rechnungen, Veräußerung des Anlagevermögens betreffend, aufbewahren ließ. Es ist daher durchaus denkbar, daß die Rechnung vom 20.2.84 sich nicht in den dem Beklagten angeblich zur Verfügung gestellten Ordnern befunden hat.
- b) Unerheblich ist auch, ob dem Beklagten zur Erstellung der Monatslisten sämtliche **Kontoauszüge** zur Verfügung gestanden haben. Denn aus den Kontoauszügen **ergeben sich nicht die Gegenstände der Buchung.** Der Buchungstext enthält knappe Vermerke wie „Scheck, Überweisung“ etc., bei kontobelastenden Schecks auch die Schecknummer. Zwar steht auf dem Scheckeinreicher für den verkauften Pkw als Vermerk des Einreichers das Stichwort „Auto“; daraus mußte der Beklagte aber keineswegs auf die Veräußerung eines zum Anlagevermögen des Betriebs gehörenden Pkw schließen, zumal der Vermerk des Einreichers zu nichts mehr gedacht ist als dem Empfänger, nicht einem Dritten, der an dem eigentlichen Vorgang nicht beteiligt ist, wie dem Beklagten, die Zuordnung des Geldbetrages zu erleichtern. Aus diesem Grunde ist es auch unerheblich, ob die mit rotem Kugelschreiber angebrachten Vermerke auf den Kontoauszügen von der

Zeugin H. stammen. Sie mußte deshalb keine Kenntnis von dem Autoverkauf haben, so daß schon aus diesem Grunde der Senat den hierzu in der Berufungsbegründung erfolgten Beweisanträgen nicht weiter nachgehen muß. Daß im übrigen der handschriftliche mit Bleistift in der D.-Monatsliste zugefügte Eintrag „Pkw-Verkauf“ von der Zeugin H. unmittelbar bei Erstellung der Liste vorgenommen worden ist, hat selbst der Kläger nicht behauptet, und der Beklagte hat hierzu vorgetragen, dieser Zusatz sei erst am 17. 9. 87 gemacht worden, als die Inventarliste überprüft worden sei.

- c) Der Beklagte bzw. seine Mitarbeiterin H. mußten auch aus dem Eintrag vom 25.1.84, aus dem sich eine **Kfz-Steuererstattung** des Finanzamts in Höhe von 190 DM ergibt, nicht schließen, daß ein zum Betriebsvermögen gehörender Pkw veräußert worden war. Ob dieser Buchungsvorgang überhaupt mit der Veräußerung des Pkw in Zusammenhang steht, ist auch nach dem Vorbringen in der Berufungsbegründung nicht klar geworden, zumal die Steuererstattung etwa einen Monat vor der die Veräußerung betreffenden Rechnungserteilung (20.2.84) erfolgte. Die Steuererstattung kann auch auf anderen Vorgängen beruhen, etwa auf einer Abmeldung des Kraftfahrzeuges, wenn die Steuer im voraus entrichtet wurde. **Eine Steuererstattung läßt nicht unbedingt den Schluß auf eine Veräußerung eines Kraftfahrzeuges zu.**

2. Daß somit die Veräußerung des Anlagevermögens als solche steuerlich nicht zutreffend erfaßt worden ist, kann bei dieser Sachlage nicht dem Beklagten angelastet werden. Auch insoweit folgt der Senat den Ausführungen des Landgerichts im angefochtenen Urteil. Denn es ist zunächst einmal Sache des Mandanten, wie er die betrieblichen Zahlungs- und Buchungsvorgänge erfaßt. Es ist auch seine Sache, wie er den mit der Buchführung beauftragten Steuerberater über die einzelnen Buchungsvorgänge unterrichtet. Der Steuerberater ist zu Hinweisen nur verpflichtet, soweit sich ihm **erkennbar Fehlerquellen** auftun. Das muß aber nicht schon zwingend dann der Fall sein, wenn der die Buchführung tätige Steuerberater sich nicht zu allen Vorgängen Rechnungen vorlegen läßt oder alle Rechnungen überprüft.

Anmerkung: Für die Rückgabe der zur Bearbeitung übergebenen Unterlagen trägt der Stb die Beweislast (BGH GI 1988, 117 = WM 1988, 627; OLG Düsseldorf GI 3/84; OLG Hamm GI 90, 371).

Haftung des Rechtsanwaltes

– Verjährung des Regreßanspruches § 51 BRAO

(OLG Köln Ur.t.v. 2. 11. 1989 – 7 U 95/89)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Verjährung des Schadenersatzanspruches gem. § 51 BRAO beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Anspruch entstanden ist; hier: mit Vollendung der Verjährung des Schmerzensgeldanspruches, weil die Forderung – nun – nicht mehr durchsetzbar ist.
2. Der sekundäre Schadenersatzanspruch gegen den Anwalt ergibt sich, wenn dieser bei der weiteren Wahrnehmung des Mandats ggf. Anlaß zur Prüfung hatte, ob er dem Mandanten durch einen Fehler Schaden zugefügt hat.
3. Für den Sekundäranspruch gilt ebenfalls die Verjährungsregelung des § 51 BRAO. Die Verjährung beginnt mit dem Eintritt des Schadens, d. h. im Zeitpunkt der Verjährung des Primäranspruches.
Auf die Beendigung des Mandatsverhältnisses kommt es nach der Hilfsregelung des § 51 BRAO nur an, wenn der Mandatsauftrag früher beendet war. Dauert das Mandat fort, entsteht der Sekundäranspruch nicht erst mit Beendigung des Mandatsverhältnisses.

Aus den Gründen:

1. Die Klägerin nimmt die Berechnung des Landgerichts über die Verjährung ihres – unterstellten – primären Schadenersatzanspruches gegen die Beklagte hin. Dagegen bestehen auch keine Bedenken. Der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz gegen den von ihm beauftragten Rechtsanwalt verjährt gemäß § 51 BRAO in 3 Jahren **von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Das war im Streitfall die Vollendung der Verjährung eines Schmerzensgeldanspruches gegen Dr. B.**, weil die Forderung von da an nicht mehr durchsetzbar war und der Klägerin somit ein Schaden entstanden ist. Wie der Senat im Urteil v. 23.1.86 näher ausgeführt und begründet hat, begann die Verjährung für diesen Schmerzensgeldanspruch im Mai 1977 zu laufen und war spätestens im Mai 1981 beendet. Hieran hält der Senat fest. Auf dieser Grundlage ist es richtig, daß das Landgericht eine Verjährung des primären Schadenersatzanspruches gegen die Beklagte mit dem Mai 1984 angenommen hat.

2. Nach ständiger Rechtsprechung kann bei dieser Sachlage allerdings **ein zweiter, sekundärer Schadenersatzanspruch** gegen den Rechtsanwalt entstehen, der dem Anwalt eine Berufung auf die Verjährung des Regreßanspruchs verwehrt. Der Mandant ist dann gemäß § 249 BGB so zu stellen, als wäre die Verjährung des Primäranspruchs nicht eingetreten (vgl. BGHZ 94, 380, 385 = NJW 1985, 2250, 2252; BGH AnwBl 1988, 285; NJW-RR 1989, 215, 216; jeweils m.w.N.; anders jetzt Eckert, NJW 1989, 2084 ff.). Der Sekundäranspruch wird daraus hergeleitet, daß dem Rechtsanwalt aufgrund des Anwaltsvertrages bei der Beratung Rechtskundiger besondere Pflichten obliegen. **Für den Anwalt ergibt sich bei der weiteren Wahrnehmung des Mandats gegebenenfalls Anlaß zu prüfen, ob er dem Mandanten durch einen Fehler Schaden zugefügt hat.** Muß ein sorgfältig arbeitender Rechtsanwalt dabei die Möglichkeit einer Regreßhaftung erkennen, ist ein Hinweis darauf und auf die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO geboten. Unterläßt er die notwendige Überprüfung seines eigenen Verhaltens oder erkennt er dabei nicht seine Fehler und gibt infolgedessen auch nicht die erforderlichen Hinweise oder erkennt er zwar den Regreßanspruch und weist dennoch nicht auf ihn und auf die drohende Verjährung hin, so kann dies einen Sekundäranspruch auslösen (BGHZ 94, 380, 386 m.w.N.; BGH AnwBl 1988, 285; NJW 1988, 2245, 2246 f.; NJW-RR 1988, 215, 216).

Davon ist auch das Landgericht ausgegangen. Zu Recht hat es jedoch nicht geprüft, ob der Beklagten eine derartige Pflichtverletzung zur Last fällt, weil nach seiner zutreffenden Auffassung ein sekundärer Schadenersatzanspruch der Klägerin gleichfalls verjährt und deswegen gegen die Beklagte nicht mehr durchsetzbar wäre (§ 222 Abs. 1 BGB).

Für den Sekundäranspruch gilt ebenso wie für den Primäranspruch die Verjährungsregelung des § 51 BRAO. Die Verjährung beginnt darum grundsätzlich mit dem Eintritt des Schadens, d. h. zu dem Zeitpunkt, an dem der primäre Regreßanspruch verjährt. **Auf die Beendigung des Mandatsverhältnisses kommt es entgegen der Auffassung der Klägerin nach der Hilfsregelung des § 51 BRAO nur dann an, wenn der Auftrag früher beendet war** (BGHZ 94, 380, 389 ff.; BGH AnwBl. 1988, 285; NJW-RR 1989, 215, 216). Zu Unrecht beruft sich die Klägerin auf die abweichende Entscheidung des VI. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes vom 8.5.84 (NJW 1984, 2204). Diese Rechtsprechung hat der nunmehr für Schadenersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen gegen Rechtsanwälte zuständige IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs – worauf die Beklagte mit Recht hinweist – inzwischen aus-

drücklich aufgegeben (BGHZ 94, 380, 389 ff.; bestätigt in AnwBl 1988, 285; NJW 1988, 2245, 2247). Der erkennende Senat schließt sich der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs an.

Da der Primäranspruch im vorliegenden Fall im Mai 1984 verjährt war, trat die Verjährung des Sekundäranspruchs somit trotz des fortdauernden Mandatsverhältnisses im Mai 1987 ein. Eine Hemmung oder Unterbrechung der Verjährung durch spätere Regulierungsverhandlungen ab Januar 1988 (§ 852 Abs. 2 BGB) oder durch die nachträgliche Klageerhebung im Dezember 1988 (§ 209 Abs. 1 BGB) war demnach ausgeschlossen.

3. In eng umgrenzten Fällen kann freilich der Einrede der Verjährung der Einwand unzulässiger Rechtsausübung entgegenstehen (vgl. dazu Palandt/Heinrichs, BGB, 48. Aufl., Anm. 5 a vor § 194). Dafür besteht hier indessen kein Anhalt; auch die Klägerin macht einen Regreßmißbrauch der Beklagten nicht geltend.

Fehlerhafte Gewinnermittlung

- Doppelerfassung
- Nachbesserungskosten

(LG Köln Ur. v. 30.1.1990 – 25 U 164/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Nach einem Wechsel des Steuerberaters muß dem Altberater keine Gelegenheit zur Nachbesserung seiner Arbeiten gegeben werden, wenn es sich um einen Steuerberatungsvertrag mit Dienstvertragscharakter gehandelt hat.
2. Der zu ersetzende Schaden besteht in den Aufwendungen für die erforderlichen Korrekturarbeiten.
3. Differenzen zwischen den Verrechnungskonten stellen eine Schlechtleistung dar.
4. Dasselbe gilt für die Doppelerfassung einer Akontozahlung und einer Gesamtrechnung. Die Akontozahlung hätte bei der Erfassung der Gesamtrechnung in Abzug gebracht werden müssen.

Zum Sachverhalt:

Der Mandant löste einvernehmlich seinen Steuerberatungsvertrag auf und übertrug diesen auf die Steuerberatungsgesellschaft T. Bei den Vorbereitungsarbeiten für den Abschluß 1986 fiel der T. Steuerberatungsgesellschaft auf, daß die Vorträge in den Buchhaltungen erhebliche Differenzen aufwiesen, insbesondere in Zusammenhang mit den unter den verschiedenen Summen bestehenden Verrechnungskonten. Auch die von dem früheren Steuerberater erstellten Bilanzen für die Firmengruppe enthielten Unstimmigkeiten innerhalb der Verrechnungskonten.

Ferner wurde bei einer stichprobenweisen Überprüfung der Buchhaltungen festgestellt, daß eine Gesamtrechnung und eine Akontozahlung umsatzmäßig erfaßt waren, ohne daß die Akontozahlung in Abzug gebracht wurde.

Die T. Steuerberatungsgesellschaft wurde mit einer Änderung der Bilanzen und Steuererklärungen beauftragt. Diese Arbeiten wurden mit einem Gesamtbetrag von 19.997,80 DM abgerechnet und bezahlt.

Bezüglich der Doppelerfassung einer Rechnung errechnete die T. infolge eines zu hohen Gewinnanteils und einer zu hohen Umsatzsteuer einen Steuerschaden in Höhe von 17.772,40 DM und korrigierte daher die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung einschließlich der Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuererklärung. Für alle Korrekturarbeiten wurden zwei Mitarbeiter zwecks Überprüfung der Belege herangezogen. Der erforderliche Zeitaufwand betrug 106 bzw. 70 Std., für welche 80,- DM pro Stunde, das sind zusammen 14.080,- DM beim Mandanten (dem jetzigen Kläger), liquidiert wurden.

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht aus eigenem und abgetretenem Recht ein Betrag in Höhe von 19.997,80 DM aus den Rechnungen der Firma T. für die Korrektur der Bilanzen und Steuererklärungen gemäß Rechnungen vom 21.6. bis 16.7.87 zu.

Die Beklagte bestreitet nicht, daß die Bilanzen die vom Kläger im einzelnen dargelegten Unstimmigkeiten aufwiesen. Es entlastet sie nicht, wenn der Kläger „Weltmeister im zu späten Einreichen von Unterlagen“ war, zumal gar nicht ersichtlich ist, inwiefern ein etwaiges zu spätes Einreichen von Unterlagen überhaupt zu den Unstimmigkeiten geführt haben könnte. Angesichts der unbestrittenen Differenzen ist die Auffassung der Beklagten, sie habe auf der Basis der vom Kläger eingereichten Unterlagen alles richtig gemacht, unbeachtlich.

Die **Differenzen zwischen den Verrechnungskonten** bedeuten eine Schlechtleistung im Rahmen des Steuerberatervertrages, aufgrund deren der Kläger Schadenersatz fordern kann. Er mußte sich nicht auf eine Nachbesserung durch die Beklagte einlassen. Die §§ 633 ff. BGB gelten hier nicht, weil die Erstellung der Bilanzen und Steuererklärungen im Rahmen eines umfassenden Beratungsvertrages erfolgte, so daß insgesamt Dienstvertragsrecht gilt. Auch hiernach brauchte der Kläger der Beklagten **keine Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben, weil der Dienstvertrag beendet und der Nachfolger-Steuerberater bereits beauftragt war, der die Fehler im wesentlichen entdeckte**. Aus diesem Grunde greift auch § 5 Abs. 2 der Auftragsbedingungen nicht ein, der nur für das laufende Vertragsverhältnis gilt. § 249 BGB verpflichtet unter solchen Umständen den Gläubiger nicht, den Schädiger in Person nochmals in seiner Interessensphäre tätig werden zu lassen.

Der Kläger hat sich auch nicht verbindlich mit einer Nachbesserung durch die Beklagte einverstanden erklärt. Soweit er am 23.4.87 eine entsprechende Erklärung abgegeben haben sollte, hat die Beklagte ihn jedenfalls ausweislich ihres Schreibens vom 24.4.87 nicht daran festgehalten.

Eine weitere positive Forderungsverletzung ergibt sich aus der **Doppel- erfassung einer Akontozahlung und Gesamtrechnung** in der Buchhaltung der Firma Sch. für 1984.

Der von der Beklagten zu ersetzende **Schaden** besteht in den Aufwendungen des Klägers bzw. der Firmen für die erforderlichen Korrekturarbeiten. Diese waren entgegen der Auffassung der Beklagten erforderlich, unabhängig davon, ob im Einzelfall ein Steuerschaden entstanden war bzw. drohte oder nicht; denn die Buchhaltung, die Bilanzen und die Steuererklärungen mußten richtig sein. Demgemäß bestand auch keine Veranlassung, den Rechtsstreit bis zur abschließenden Entscheidung im Steuerverfahren auszusetzen.

Die Aufwendungen für die Arbeiten der Firma T. und der beiden Mitarbeiter Sch. und K. sind im übrigen nach Erforderlichkeit in der Sache und Höhe unstreitig. Für die Liquidation der Zeugen Sch. und K. stehen dem Kläger weitere 14.080,- DM zu.

Für die weitere Liquidation der Firma T. vom 9.3.1988, betreffend die **Korrektur der Umsatzsteuer 1984** für die Firma Sch. sowie der Einkommensteuer 1984, weitere 5.031,30 DM.

Hinzu kommt der Steuerschaden aus der **zu hohen Umsatz- und Einkommensteuer** betreffend die Firma Sch. in Höhe von zusammen 17.722,40 DM.

Insoweit ist allerdings zu berücksichtigen, daß nach dem eigenen Vorbringen des Klägers ein Erstattungsanspruch gegen die Finanzbehörde besteht, der im Wege der Vorteilsausgleichung an den Beklagte abgetreten werden muß.

Weitere Ansprüche sind nach § 812 BGB sowie aufgrund positiver Forderungsverletzung gerechtfertigt.

Hierbei handelt es sich um ohne Rechtsgrund an die Beklagte gezahlte Honorare. Eine Vertragsverletzung liegt hier in der fehlerhaften Abrechnung durch die Beklagte.

In Gesamthöhe von 1.769,- DM wurden **Auslagenpauschalen nach § 16 StBGebV** zuviel gezahlt, weil die Obergrenze von 40,- DM bei Rechnungsstellung nicht beachtet wurde. Soweit in den Rechnungen jeweils auch § 17 StBGebV mit erwähnt ist, ist dies bedeutungslos, weil die Abrechnung ersichtlich nicht nach dieser Vorschrift erfolgt ist. Ebenso wenig handelt es sich jeweils um einen Gesamtbetrag nach § 9 Abs. 2 StBGebV, sondern um eine Pauschale. Auch eine Vereinbarung über andere als gesetzliche Erstattung von Auslagen ist nicht getroffen worden. Die Überzahlungen ergeben sich aus den Rechnungen zu Ziff. 1.-6., Seite 11 der Klageschrift.

Ferner stand der Beklagten die **Auflösungspauschale** nach Ziff. 11 Abs. 2 der Auftragsbedingungen nicht zu. Die Klausel betrifft den Fall der vorzeitigen Beendigung des Auftrags aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat. Hier ist das Vertragsverhältnis aber unstreitig einvernehmlich aufgehoben worden. Eine Abrechnung nach Ziff. 11 Abs. 1 der Bedingungen ist nicht erfolgt. Hieraus resultiert ein Rückforderungsbetrag in Gesamthöhe von 19.950,- DM.

Haftung des Steuerberaters

- Kapitalanlageberatung
- Verjährung von Schadenersatzansprüchen
- Mehrfachberufler

(LG Mannheim Urt.v. 25.10.1989 – 9 O 117/89, rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Macht der Mandant Schadenersatzansprüche wegen eines Beitritts zu einem Bauherrenmodell geltend, so ist der Schaden im Zeitpunkt des Beitritts entstanden. In diesem Zeitpunkt beginnt die Verjährungsfrists für Schadenersatzansprüche.

2. Der Verjährungsbeginn wird nicht dadurch hinausgeschoben, daß die prospektierten Steuervorteile zunächst unter dem Vorbehalt der Nachprüfung dem Mandanten zugeflossen sind.
3. Werden Schadenersatzansprüche gegen einen Wirtschaftsprüfer und Steuerberater insoweit geltend gemacht, als er als Steuerberater tätig wurde, gilt die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger begehren die Feststellung von Schadenersatzansprüchen gegen den beklagten Steuerberater wegen fehlerhafter Beratung und fehlerhafter Angaben im Zusammenhang mit der Beteiligung an einem Bauherrenmodell.

Der Beklagte war im Zeitpunkt des Erwerbs am 3. 12. 79 ständiger Steuerberater des Klägers.

Die Fa. A. erstellte für den Kläger eine Finanz- und Steueranalyse. Unter dieser Analyse befindet sich der Vermerk des Beklagten:

„Ich bescheinigte, daß die vorliegende Modellrechnung in Übereinstimmung mit der zur Zeit geltenden Rechtslage erstellt wurde. Eine ausführliche Stellungnahme liegt der A. vor.“

Bei den von dem Kläger erworbenen Eigentumswohnungen sollte es sich um steuerbegünstigte Wohnungen handeln. Dem Kläger wurden als Erwerber hohe Werbungskosten in Aussicht gestellt. Außerdem wurden Grunderwerbsteuerfreiheit und eine Umsatzsteerrückvergütung prospektiert.

Mit Bescheid vom 4. 8. 86 erließ das Finanzamt K. Feststellungsbescheide aufgrund eines Prüfungsberichtes vom 20. 1. 86. Die Betriebsprüfung kam zu dem Ergebnis, daß der Kläger nicht als Bauherr, sondern als Erwerber von Eigentumswohnungen anzusehen war, da ein Zusammenschluß der Wohnungseigentümer vor Baubeginn nicht vorlag. Dies hatte zur Folge, daß die ursprünglich anerkannten Werbungskosten und die hieraus resultierenden Einkommensteuerminderungen hinfällig wurden und die Bauherren, also auch der Kläger, Einkommensteuer nachzuzahlen hatten. Der Kläger rechnet mit einer Steuernachzahlung von 111.908,12 DM.

Aus den Gründen:

- I. Die Klage ist zulässig. Das von den Klägern vorgetragene Interesse der Verjährungsunterbrechung stellt ein ausreichendes Feststellungsinteresse im Sinne von § 256 Abs. I ZPO dar. Außerdem tragen die

Kläger vor, daß ihnen eine Bezifferung eines Schadens und somit die Erhebung einer Leistungsklage nicht möglich ist. Bedenken gegen die Zulässigkeit der erhobenen Feststellungsklage bestehen deshalb nicht. Soweit Bedenken hinsichtlich der Formulierung des Feststellungsantrags bestehen könnten, ist dieser einer Auslegung insoweit zugänglich, daß die Kläger Feststellung der Schadenersatzverpflichtung des Beklagten anstreben, soweit im Rahmen der Überprüfung der Feststellungsbescheide ausgelobte Steuervorteile nicht anerkannt werden.

II. Die Klage ist aber unbegründet, da die von den Klägern geltend gemachten Ansprüche entgegen deren Auffassung verjährt sind.

1. Gem. § 68 StBerG verjähren Ansprüche des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Dabei ist der Anspruch entstanden und die Verjährung beginnt, wenn der Anspruch zumindest mit einer Feststellungsklage geltend gemacht werden kann (Staudinger Dilcher, Kommentar zum BGB Rand Ziff. 3 und 10 zu § 198 BGB). **Auf die Kenntnis des Mandanten von dem schadenbegründeten Ereignis, also hier der Pflichtverletzung des Beklagten oder gar von dem Schaden selbst, kommt es nicht an** (BGH Ka RS 1989 S. 18). Maßgebend dafür, ob die Verjährungsfrist zu laufen begonnen hat, ist demnach die Entstehung des gegen den Steuerberater gerichteten Schadenersatzanspruches. Derartige Schadenersatzansprüche der Kläger gegen den Beklagten, wobei streitig ist, ob sich der Beklagte überhaupt schadenersatzpflichtig gemacht hat, sind spätestens mit der, nach Behauptung der Kläger, fehlerhaften Beratung des Beklagten im Zusammenhang mit dem Beitritt des Klägers zu dem Bauherrenmodell im Jahr 1979 entstanden (vgl. BGH Ka RS 1989, 184).

Zwar kann je nach Schadenart der Verjährungsbeginn von Ansprüchen gegen den Steuerberater verschieden sein (BGH NJW 1986, 1162, 1163). Vorliegend ist der Schaden und damit die Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten irreparabel entstanden durch die fehlerhafte Beratung des Beklagten bei der Entscheidung der Kläger, dem Bauherrenmodell der Firma P. beizutreten. Da nach der Behauptung der Kläger die Pflichtverletzung des Beklagten darin besteht, daß sie der Beklagte über die Folgen der vertraglichen Konzeption des Steuersparmodells nicht oder nicht hinreichend aufgeklärt hat bzw. Steuerbefreiungstatbestände

falsch dargestellt hat, ist der **Schaden irreparabel zum Zeitpunkt des Beitritts der Kläger entstanden**. Die Rechtsprechung des BGH (NJW 1979, 2211 und NJW 1986, 1162 ff.) über die Entstehung des Schadenersatzanspruches in den sog. Außenprüfungsfällen, wonach in diesen Fällen der Anspruch erst entsteht in dem Zeitpunkt, in dem feststeht, ob „es bei einer vermeidbaren Steuermehrbelastung“ bleibt, kann deshalb auf den vorliegenden Fall nicht angewandt werden. Zwar sind die Feststellungsbescheide vom August 1988 noch nicht rechtskräftig und nach Vortrag der Kläger steht noch nicht endgültig fest, in welchem Maße eine Steuermehrbelastung auf die Kläger zukommt.

Bei diesen möglicherweise auf die Kläger zukommenden Steuermehrbelastungen handelt es sich aber um keine Steuermehrbelastung, die hervorgerufen wurde, weil der Beklagte etwa im Zusammenhang mit Steuererklärungen der Kläger Pflichten verletzt hat, welche zu einer legal vermeidbaren Steuermehrbelastung führten. Nur in einem solchen Fall kann davon gesprochen werden, daß die Frage der Entstehung des Schadens von den tatsächlichen Feststellungen der Finanzbehörden im Rahmen der Betriebsprüfung abhängt, so daß erst bei Abschluß der Betriebsprüfung feststeht, ob ein Schaden entstanden ist oder ob es bei den, ohne Pflichtverletzung des Steuerberaters, legal vermeidbaren Steuermehrbelastungen verbleibt. Im vorliegenden Fall geht es aber, auch soweit die Feststellungsbescheide noch nicht rechtskräftig sind, nicht um tatsächliche Feststellungen im Zusammenhang mit Steuererklärungen der Kläger, sondern um den durch den Beitritt der Kläger zu dem Bauherrenmodell entstandenen Schaden. Die Kläger streben demnach auch an, so gestellt zu werden wie sie stünden, wenn sie entgegen dem Rat des Beklagten nicht beigetreten wären. Die Kläger tragen insoweit vor, daß sie bei dem Beitritt zu dem Steuersparobjekt auf den Rat des Klägers vertraut haben. **Der den Beklagten im Zusammenhang mit dem Beitritt aufgrund der von den Klägern behaupteten fehlerhaften Beratung des Beklagten entstandene Schaden war deshalb mit dem Beitritt der Kläger zu dem Bauherrenmodell bereits entstanden**. Die jetzt auf die Kläger zukommende „Steuermehrbelastung“ wäre demnach nur dann vermeidbar gewesen, wenn die Kläger dem Bauherrenmodell überhaupt nicht beigetreten wären. Der Schaden und damit der Schadenersatzanspruch der Kläger ist, wenn er besteht, deshalb schon mit dem Beitritt der Kläger entstanden, wenn auch aus Sicht der Kläger der Schaden erst durch die Ergebnisse der Betriebsprüfung mit den sich daran anschließenden Feststellungsbescheiden entdeckt wurde. Auf die Kenntnis der Kläger kommt es aber wie ausgeführt nicht an.

Dabei ist für die Schadenentstehung und damit die Anspruchs-entstehung und den Beginn der Verjährung auch zu berücksichtigen, daß die im Zusammenhang mit dem Beitritt der Kläger zu dem Bauherrenmodell von den Initiatoren ausgelobten **Steuervorteile den Klägern zunächst lediglich durch Steuerbescheide unter dem Vorbehalt der Nachprüfung zugeflossen sind**. Eine Überprüfung der steuerlichen Konzeption des Bauherrenmodelles durch eine Außenprüfung war demnach als zwangsläufig zu erwarten. Die **Feststellung des Schadens war demnach allenfalls zeitlich verschoben**, angesichts des Vortrags der Kläger, daß Steuervorteile versprochen worden waren, welche nach der steuerlichen Handhabung im Jahr 1979 den Klägern gar nicht zufließen konnten. Auch daraus wird deutlich, daß der Schaden bereits mit dem Beitritt der Kläger entstanden ist, soweit den Klägern Steuervorteile versprochen wurden, welche aus steuerrechtlichen Überlegungen den Klägern gar nicht zufließen konnten. Diese Schadenentstehung ist mit der Entstehung eines Schadens, der durch falsche Angaben im Zusammenhang mit einer Steuererklärung eines Steuerberaters, deren Fehlerhaftigkeit im Rahmen einer routinemäßig durchgeführten Betriebsprüfung bei dem Mandanten entdeckt wird, nicht vergleichbar. In einem solchen Fall bleibt entgegen dem vorliegenden Fall offen, ob ein Schaden entstanden ist, da diese Frage davon abhängt, ob das Finanzamt ggf. und ggf. in welchem Maße Feststellungen zu einer, ohne Pflichtverletzung des Steuerberaters, vermeidbaren Steuer mehrbelastung im Zuge der Betriebsprüfung trifft.

Ist der Schadenersatzanspruch der Kläger, wie ausgeführt, bereits mit dem Beitritt der Kläger im Jahre 1979 entstanden, hat die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen den Beklagten in diesem Zusammenhang mit der behaupteten fehlerhaften Beratung des Beklagten im Dezember 1979 begonnen und war gem. § 68 StBerG im Dezember 1982 abgelaufen.

2. Ob dem Beklagten darüber hinaus eine weitere Pflichtverletzung entgegengehalten werden kann, da er die Kläger nicht auf die behaupteten Fehler und auch nicht auf die sich hieraus ergebenden Regreßmöglichkeiten hingewiesen hat, konnte offen bleiben. Der sogenannte „**Sekundäranspruch**“ verjährt nämlich ebenfalls in drei Jahren, so daß dieser Sekundäranspruch spätestens im Dezember 1985 verjährt ist, ohne daß festgestellt werden muß, ob der Beklagte insoweit schuldhaft gehandelt hat (vgl. BGH NJW 86, 1162), und ohne daß es darauf ankam, ob die Kläger im Jahre 1985 bereits anwaltschaftlich beraten und so in die Lage versetzt waren, für die Verjährungsunterbrechung

der Primärhaftungsansprüche gegen den Beklagten geeignete Maßnahmen zu treffen.

Im übrigen löst der unterlassene Hinweis auf einen möglichen Sekundäranspruch keinen sog. Tertiäranspruch aus.

3. Entgegen der Auffassung der Kläger kann auch nicht angenommen werden, daß die Verjährung der Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten noch nicht abgelaufen ist, da der Beklagte Wirtschaftsprüfer ist und gem. § 51a Wirtschaftsprüferordnung eine fünfjährige Verjährungsfrist von Schadenersatzansprüchen gilt. **Soweit es um vertragliche Ansprüche der Kläger gegen den Beklagten ging, haben die Kläger eindeutig vorgetragen, daß der Beklagte insoweit als ihr Steuerberater tätig wurde.** Daß die Kläger den Beklagten als Wirtschaftsprüfer beauftragt hatten, ist deshalb nicht ersichtlich.
4. Soweit schließlich Prospekthaftungsansprüche in Betracht kommen, wegen des von dem Beklagten unter die sog. Medicomanalyse der Firma A. gesetzten Testates, greift die vom Beklagten insoweit erhobene Verjährungseinrede ebenfalls durch. Zwar mag insoweit davon auszugehen sein, daß der Beklagte im Rahmen der Beratung der Kläger als Wirtschaftsprüfer persönliches und nicht nur typisiertes Vertrauen in Anspruch genommen hat. Prospekthaftungsansprüche gegen Mitglieder von Berufsgruppen, bei denen die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gesetzlich geregelt ist, verjähren aber nicht in 30 Jahren, sondern in den vom Gesetz vorgesehenen kürzeren Verjährungsfristen. **Deshalb haften Wirtschaftsprüfer für fehlerhafte Prospektangaben lediglich 5 Jahre** (BGH WM 87, 631). Da insoweit ebenfalls anzunehmen ist, daß der Lauf der Verjährungsfrist durch den Beitritt der Kläger zum Bauherrenmodell in Gang gesetzt worden ist, ist eine Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen den Beklagten wegen behaupteter fehlerhafter Prospektangaben als Wirtschaftsprüfer gem. § 51a Wirtschaftsprüferordnung spätestens im Dezember 1984 abgelaufen.

Die am 23. 3. 1989 bei Gericht eingegangene Klage war deshalb nicht geeignet, die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen den Beklagten zu unterbrechen, da die Verjährung, wie festgestellt, bereits abgelaufen war.
5. Daß dem **Testat des Beklagten am Ende der „Medicomanalyse“ weitergehende Bedeutung zukommt als einer anpreisenden Prospektangabe, kann nicht angenommen werden.** Schon nach dem Wortlaut

bescheinigt der Beklagte in dem genannten Testat lediglich einen Vergleich der Modellrechnung mit der geltenden Rechtslage. Eine Garantie mit der Folge einer Haftungsübernahme durch den Beklagten über den Rahmen von Prospekthaftungsangaben hinaus kann dieser Erklärung nicht entnommen werden.

GI Hinweis

Wer sein Geld gewinnbringend anlegen will, hat die Qual der Wahl aus einem ständig wachsenden Sortiment von Anlagen mit unterschiedlichen Gewinnchancen und Verlustrisiken. Das neu auf dem Markt erschienene „Handbuch des Kapitalanlagerechts“ von Assmann und Schütze versucht, die zunehmende Unübersichtlichkeit des Kapitalanlagerechts aufzulösen (Assmann/Schütze, Handbuch des Kapitalanlagerechts, 1990, 950 Seiten, 228,- DM, Verlag C. H. Beck). Im Allgemeinen Teil werden die von der Rechtsprechung entwickelten Rechtsgrundsätze für die Anbahnung, den Abschluß und die Abwicklung von Anlagegeschäften dargelegt. Dabei stehen nicht nur die Beratungspflichten der Anlagevermittler und Anlageberater, der Banken und die Prospekthaftung im Mittelpunkt, sondern auch Fragen unerlaubter Werbeformen nach § 3 UWG, die Verletzung der Preisangabenverordnung, strafbarer Werbung und des Arbeitnehmerschutzes nach § 13 a UWG. Daneben werden der Straftatbestand des Kapitalanlagebetruges, § 264 a StGB, das Börsenstrafrecht und kollisionsrechtliche Probleme aus dem internationalen Strafrecht erörtert.

Im Besonderen Teil widmet sich das Handbuch den einzelnen Anlageformen: Effekten-, Insider-, Börsentermingeschäfte und Investmentgeschäfte. Darüber hinaus werden Immobilienanlagen im Inland und im Ausland sowie Beteiligungen an Gesellschaften erörtert. Das Handbuch endet mit einer Darstellung des Anlegerprozesses und mit der Darstellung prozessualer Mittel gegen Termingeschäfts- und Aktienverkäufer.

Durch dieses Buch wird eine Marktlücke geschlossen. Es hilft, den Anlageberatern und Anlagevermittlern Risiken zu vermeiden und gleichzeitig hilft es den geschädigten Anlegern, Fehler bei der Anbahnung und beim Abschluß der Kapitalanlage aufzudecken.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-7, 1990)

Abtretung			
- Abtretungsanzeige, neuer Vordruck	90, 112		
Agenturgeschäft	90, 36		
Akontozahlungen			
- Doppelerfassung	90, 143		
Allgemeine Versicherungsbedingungen			
- AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42		
- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42		
Anderkonto			
- Beschlagnahme d. Kontounterlagen	90, 94		
- des Notars	90, 51		
- Verfügung über Gelder	90, 51		
Anlageberatung			
- d. Mitarbeiter d. StB	90, 126		
- Prüfungspflichten	90, 127		
- Risiken			
= projizierte Steuervorteile	90, 127		
- und Steuerberatung	90, 122		
- Verjährung v. Schadenersatzansprüchen			
= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146		
= Wirtschaftsberatungsfirma	90, 112		
Annahmeverzug			
- d. Mandanten			
= Vergütungsanspruch d. StB	90, 134		
Arbeitsüberlastung			
- d. Mitarbeiters, Fristversäumnis	90, 122		
Auskunftsvertrag			
- stillschweigender Abschluß			
= Verdienstbescheinigung	90, 40		
Bauherrenmodell			
- Verjährung d. Schadenersatzanspruchs	90, 146		
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA			
- fehlende Belehrungsbedürftigkeit			
= Aufklärung d. FA	90, 53		
- Bildung einer Rücklage gem. § 6 b EStG	90, 73		
- Ende d. -			
= Beratung über Firmenumstrukturierung	90, 62		
= Verfahren zur Anrechnung italienischer Körperschaftsteuer	90, 62		
- Entnahme	90, 73		
- Schutzzweck	90, 82		
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO			
- Anderkonto	90, 94		
- Kontounterlagen	90, 94		
Beweislast			
- f. Fehlberatung	90, 33		
- Mandantenunterlagen an StB	90, 138		
- Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37		
- Schaden			
= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33		
Berufsverbot	90, 32		
Bilanzerstellung			
- Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143		
Buchführung			
- verspätete Erstellung	90, 106		
Buchführungsauftrag			
- Ordnungsmäßigkeit d. Buchführung			
= Doppelerfassung, Akontozahlungen	90, 143		
= Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143		
Dritthaftung			
- stillschweigender Auskunftsvertrag			
= Verdienstbescheinigung	90, 40		
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19		
= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3		
= Bewertungsgutachten	90, 3		
= Bonitätsprüfung	90, 3		
= Darlegung f. Schaden	90, 3		
= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19		
Duldungsvollmacht			
- d. StB	90, 126		
Einnahme-/Überschuß-Rechnung			
- Mitverschulden d. Mandanten	90, 135		
- Prüfung des Geldzuflusses	90, 135		
Fristenkontrolle			
- Fristenkontrollbuch			
= Postausgangsbuch	90, 134		
= Telefax	90, 32		
= Wiedervorlagefristen	90, 134		
- Fristversäumnis, unverschuldete -			
= Arbeitsüberlastung d. Mitarbeiters	90, 112		
- Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32		
- Rückfrage bei Mandanten	90, 2		
- Telefax/Telebrief			
= Fristenkontrollbuch	90, 32		
= Prozeßvollmacht	90, 32		
Garantievertrag			
- Steuerberatungsvertrag	90, 126		
Herausgabeanspruch d. StB			
- von Provisionen	90, 119		
= Mehrwertsteuer	90, 122		
Honoraranspruch d. StB			
- Annahmeverzug d. Mandanten	90, 134		
- Arglisteinwand	90, 83		
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	90, 104, 113		
= nachträgliche Einzelangaben	90, 113		
= Gegenstandswert	90, 114		
= Hinweis auf Gebührenvorschriften	90, 113		
= Lohnabrechnung	90, 117		
= Zeitgebühr	90, 113		
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	90, 104		
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV			
= Bilanzberechtigung	90, 101		
= Mittelgebühr	90, 101, 115		
- für nicht erbrachte Leistung	90, 72		
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	90, 115		
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	90, 115		
- Unterzeichnung d. Rechnung	90, 72		
- Verjährung des -	90, 115		
Honoraranspruch d. Wp			
- d. Mehrfachberufers	90, 72		
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72		
Kausalität			
- Beteiligung an Unternehmen	90, 122		
- wirtschaftl. Vorteile bei steuerlichen Nachteilen	90, 73		
- Schutzzweck, Steuerrisiko	90, 82		
Kenntnis des Steuerrechts			
- intern. Rechtsregeln	90, 2		
Konkursverwalter, Haftung d. -			
- Liquidationsverschleppung	90, 72		
Mehrfachberufler			
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72		
- Verjährungsvorschrift	90, 147		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.